



Impulse gegen Rechtsextremismus

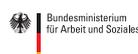
Tunnel Licht Blicke – Perspektiven arbeitsmarktorientierter Ausstiegsarbeit*

Einleitung

Viele Projekte im gesamten Bundesgebiet haben sich in den vergangenen Jahren im Rahmen des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“ der arbeitsmarktorientierten Ausstiegsarbeit gewidmet und damit Neuland betreten. Wie geht es nach dem Ende der Projektlaufzeit weiter? Lassen sich die in Deutschland erprobten Ansätze auf andere europäische Länder übertragen? Mögliche weitere Förderungsmöglichkeiten und europäische Perspektiven der Ausstiegsarbeit diskutierten Ausstiegsbetreuer/innen, Rechtsextremismusforscher/innen und Journalist/innen aus Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden am 12. Oktober 2012 bei der internationalen Konferenz „Tunnel Licht Blicke – Perspektiven arbeitsmarktorientierter Ausstiegsarbeit“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Berlin.

Das XENOS-Sonderprogramm ist das erste Bundesprogramm, in dessen Rahmen arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit erprobt und praktiziert werden konnte. In anderen Ländern der EU sind rechtsextremistische Strukturen und entsprechende Gegenmaßnahmen in vielerlei Hinsicht sehr unterschiedlich. Die Konferenz der FES bot Möglichkeiten zum länderübergreifenden Austausch.

Dieses Projekt wird gefördert von:



Die Vortragenden und Workshopleiter/innen waren:

- *Dr. Ralf Melzer*, Leiter „Projekt Gegen Rechtsextremismus“, Friedrich-Ebert-Stiftung
- *Heinz Koller*, Leiter der Abteilung „Europäische und Internationale Beschäftigungs- und Sozialpolitik, ESF“, Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)
- *Petra Boumaiza*, XENOS-Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“
- *Ute Seckendorf*, Projektleiterin des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“
- *Uwe-Karsten Heye*, Vorstandsvorsitzender Gesicht Zeigen! e.V.
- *Maik Baumgärtner*, Journalist und Autor des Buches „Das Zwickauer Terror-Trio: Ereignisse, Szene, Hintergründe“
- *Sebastian Jende*, Sozialpädagoge und Leiter des Thüringer Beratungsdienstes „Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt“, Drudeln 11 e.V., Jena
- *Rashad Ali*, CENTRI-Projekt, Großbritannien
- *Jan Buchbom*, violence-prevention-network e.V.
- *Daniel Köhler*, EXIT-Deutschland
- *Kai Brinckmeier*, Universität Münster
- *Cornelia Forster*, Technische Universität Berlin
- *Suzette Bronkhorst*, International Network Against CyberHate, Niederlande
- *Graeme Atkinson*, HOPE not hate, Großbritannien

* Dokumentation zur Konferenz am 12. Oktober 2012 in Berlin



„Es war der Wunsch der Projektträger, sich einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen“, sagte *Dr. Ralf Melzer*, Leiter des „Projekts Gegen Rechtsextremismus“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, in seiner Einführungsrede zur Konferenz. Die Projektpartner des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“ wollten ihre Arbeit präsentieren und auf Erfolge sowie Schwierigkeiten hinweisen. Deshalb haben sie ihre Erfahrungen in der Broschüre „Tunnel Licht Blicke“ zusammengefasst, die im Rahmen der Konferenz vorgestellt wurde. Der Titel, erklärte Melzer, sei ein Wortspiel. Man könne die Wörter austauschen, umstellen und aufeinander beziehen. Die Veröffentlichung der Broschüre soll jedoch keinesfalls das Ende der Projekte markieren. Im kommenden Jahr soll diskutiert und erprobt werden, inwiefern sich die in Deutschland angewandten Konzepte der arbeitsmarktorientierten Ausstiegsarbeit in andere europäische Länder exportieren lassen.

„Licht am Ende des Tunnels“

Der Leiter der Abteilung „Europäische und Internationale Beschäftigungs- und Sozialpolitik“ im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), *Heinz Koller*, interpretierte den Broschürentitel in seiner Begrüßungsrede mit dem Satz „Es ist Licht am Ende des Tunnels“. Das BMAS hatte 2009 die Förderrichtlinien für das XENOS-Sonderprogramm veröffentlicht. „Dieses Programm war weit-sichtig gedacht“, sagte Koller mit Blick auf das späte Bekanntwerden der Mordserien des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU). Das Thema „Arbeit“ habe durch die nun wieder stärker ins Bewusstsein gerückte Bedrohung eine neue Relevanz bekommen. Bei dem Programm habe von Anfang an im Vordergrund gestanden, Ansätze zu



entwickeln, die später in der Praxis zum Einsatz kommen. „Innovativ ist, dass erstmals Elemente der Ausstiegsarbeit mit Arbeitsmarktförderung zusammengebracht wurden“, so Koller. „Die Ergebnisse sind eindrucksvoll.“ Insgesamt seien 450 Teilnehmer/innen durch die Projekte erreicht worden, 50 von ihnen seien inzwischen dauerhaft in einem Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis. „Um das Programm abschließend beurteilen zu können, ist jedoch eine qualitative Betrachtung unerlässlich – dazu ist auch die jetzt vorliegende Dokumentation hilfreich“, sagte *Koller*.

Förderungsende = Projektende?

Bei einer Fishbowl-Diskussion thematisierten die Konferenzteilnehmer/innen zukünftige Förderungsmöglichkeiten für Projekte der Rechtsextremismus-Ausstiegsarbeit. Die Koordinatorin des XENOS-Sonderprogramms, *Petra Boumaiza*, betonte im Rahmen der Diskussion, dass sich die teilnehmenden Ausstiegsprojekte in sehr kurzer Zeit gut etabliert hätten. „Jeder spezielle Ansatz, der gewählt wurde, hat sehr gute Erfolge erzielt.“ Die Förderung über den Europäischen Sozialfonds sei stets an die Ausrichtung des speziellen – hier arbeitsmarktlischen – Ansatzes gebunden. Besonders vielversprechend zur Implementierung würden sich Ansätze eignen, die Aktivitäten bündeln und wichtige Kooperationspartner mit einbinden. „Durch die zeitlich begrenzte Förderung werde man zwar ausgebremst“. Andererseits sei diese Finanzierung aber auch als Anschubfinanzierung gedacht. „Umso wichtiger ist es daher, neue Kooperationspartner und Förderer zu finden und diese zu halten“, sagte *Boumaiza*. Außerdem betonte sie die Wichtigkeit

der Vernetzung untereinander. „Die einzelnen Projekte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden“, sagte *Kristina Nauditt*, die die Netzwerktreffen im Rahmen des XENOS-Sonderprogramms begleitet hat. Bisher gebe es in Deutschland kein flächendeckendes Netz an Angeboten für Ausstiegswillige.

Evaluation der Projekte

Die Projekte sollten nicht nur gut vernetzt sein, auch eine Evaluation der Projekte mit einheitlichen Qualitätsstandards sei wichtig, sagte *Ute Seckendorf*, Projektleiterin des Bundesprogramms „Zusammenarbeit durch Teilhabe“. Auch wenn eine gute Evaluation Geld koste, sei sie wichtig, um den Projekterfolg bewerten zu können. „XENOS war eines der ersten Programme, das sich der Zielgruppe auf Augenhöhe widmete“, so *Seckendorf*. Deshalb prognostiziere sie „gute Ergebnisse in der Evaluation“. Auch *Seckendorf* warnte davor, dass sich einzelne Projekte untereinander oft als Konkurrenten begreifen würden und deshalb die Vernetzung zu kurz komme.

Förderungsbarrieren

Seckendorf forderte außerdem, dass Förderungsbarrieren besser abgebaut werden sollten. Das von ihr betreute Projekt „Zusammenhalt durch Teilhabe“ beispielsweise soll demokratiestärkende Projekte im ländlichen Raum fördern. Dazu wurden unter anderem Demokratietrainer/innen ausgebildet. „Wenn ein Ortsbrandmeister ein Problem mit Jugendlichen in seiner Feuerwehr hat, etwa weil diese rechtsextreme Musik hören, bekommt er auf seine Frage, ob man etwas dagegen tun solle, oft die Antwort: „Willst du, dass morgen die Presse vor der Tür steht?“

Für solche Fälle brauche man geschulte Ansprechpartner/innen in den entsprechenden Organisationen. Gerade in den schwach besiedelten Gebieten Ostdeutschlands gebe es zu wenige Projekte. Ein Grund dafür könne auch die Mittelvergabe sein. Über die Wahlperioden und Koalitionen hinweg habe es keine Kontinuität in der Mittelvergabe gegeben. „Außerdem steht die Förderpyramide auf dem Kopf“, so *Seckendorf*. Manchmal sei es leichter, Geld von einem Ministerium zu bekommen, als von der Kommune. „Aber man kann nicht mit Bundesmitteln auffangen, was in den Kommunen fehlt.“ *Uwe-Karsten Heye*, Vorstandsvorsitzender des Vereins „Gesicht zeigen“, sagte: „Die Förderstruktur muss verändert werden.“ *Heye* kritisierte die geforderte Grundgesetztreue der Projektpartner als „eine Form von Misstrauen“. Der zivilgesellschaftliche Widerstand gegen Rechtsextremismus sei immer noch zu klein, obwohl das Problem größer geworden sei. Dabei werde niemand als Rechtsextremist geboren, es seien immer Erwachsene, die Jugendliche prägen. „Wir müssen sehr darauf achten, das Problem nicht als Jugendproblem wahrzunehmen.“ Besonders der Einstieg in die Szene müsse verhindert werden. Dabei brauche man Professionalität, denn „gut gemeint ist leider oft nicht gut gemacht“. Rechtsextreme Internetseiten hingegen zeugten von einem hohen Grad an Professionalität.

Zeit-Redakteurin und Fishbowl-Moderatorin *Cosima Schmitt* fasste die Fishbowl-Diskussion mit den Worten zusammen, dass die rechtsextreme Szene professionell und schwierig sei. Deshalb brauche man professionelle Leute und deshalb sei es wichtig, über Zeiträume von drei Jahren hinaus planen zu können. Keine Partei habe bisher ein erfolgreiches Förderkonzept durchsetzen können.





In vier Workshops erarbeiteten Referent/innen und Teilnehmer/innen weitere Aspekte der Arbeit gegen Rechtsextremismus.

Rechte Gewalt in Thüringen

Der Journalist *Maik Baumgärtner*, Autor des Buches „Das Zwickauer Terror-Trio: Ereignisse, Szene, Hintergründe“ und Sebastian Jende, Leiter des Thüringer Beratungsdienstes „Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt“, Drudel 11 e.V., thematisierten rechtsextreme Radikalisierungsprozesse am Beispiel des „Zwickauer Terror-Trios“ und erörterten Möglichkeiten der pädagogischen Intervention. „Die akzeptierende Jugendarbeit ist gescheitert“, sagte *Baumgärtner* im Hinblick auf die Radikalisierung des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU). „Ich mache den Jugendclubs Vorwürfe“, so *Baumgärtner*. Sie hätten Jugendlichen Musikinstrumente gegeben, woraufhin die ersten Rechtsrockbands in Jena entstanden seien. Nach der Verdrängung aus den Jugendclubs organisierten sich die Jugendlichen in Kameradschaften, „das war ein sehr schneller Übergang“.

Um nachvollziehen zu können, warum der NSU sich so entwickelt hätte, müsse man die Situation in Jena kennen, sagte der Sozialpädagoge Sebastian Jende. „Die

rechtsextreme Szene war damals so groß, dass sie sich aufgeteilt hat.“ Ab Mitte der 1990er Jahre habe es ausgebildete Sozialpädagogen vor Ort gegeben, aber keine Anti-Gewalt-Programme. „Ein viel größeres Problem waren damals sogenannte ‚Crashkids‘, die mit geklauten Autos durch die Stadt fuhren“, so Jende. Viele hätten die rechtsextremen Aktivitäten lediglich als Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen wahrgenommen. Erst im Jahr 2000 seien spezialisierte Trainingsprogramme eingeführt worden. Seitdem müssten Gewalttäter und Rechtsextreme an speziellen Programmen teilnehmen. Heute arbeiten Jende und sein Team im Bereich der primären Intervention. „Wir würden nicht wieder wie Anfang der 1990er mit rechtsextremen Gewalttätern arbeiten. Das ist damals aus Hilflosigkeit passiert.“

Wie Jugendliche erreichen?

Aus Großbritannien berichtete *Rashad Ali* vom „CENTRI-Projekt“ in seinem Workshop über die arbeitsmarktorientierte Resozialisierung am Beispiel islamistischer Gewalttäter. Die zentrale Frage sei, wie man gefährdete Jugendliche erreichen könne. „Am Anfang werden wir als Teil des Establishments wahrgenommen“, sagte *Ali*. Man müsse sich erst Vertrauen erarbeiten. „Die Moscheen sind nicht die Hauptquelle für radikale Aktivitäten, sie sind eher der Ort, an dem aus der Ideologie die Tat wird.“ Man müsse den religiösen Hintergrund verstehen und Alternativen aufzeigen, so *Ali*.



Auch *Jan Buchbom* vom „violence-prevention-network“ erörterte die Frage, wie man Gewalttätige und Gefährdete am besten erreichen kann, allerdings am Beispiel rechtsextremer Gewalttäter in Deutschland. „Man muss die Jugendlichen ernst nehmen, wertschätzen, sie dort abholen, wo sie sind, ihr Denken weder kleinreden noch skandalisieren.“ Ideologisierte Inhalte könne man am besten thematisieren, indem man Fragen stelle. Man solle nicht belehren oder besserwisserisch auftreten, sondern Erkenntnisprozesse in Gang setzen. „Das geht am besten mit einer fragenden Haltung“, so *Buchbom*. *Rashad Ali* nennt das „Sokratische Haltung“.

Arbeitsmarktorientierte Resozialisierung ist laut *Ali* dann erfolgreich, wenn die betroffenen Jugendlichen straffrei leben, in den Arbeitsmarkt integriert sind und ihre Empathie gestiegen ist. „Das Wiedereingliedern stärkt das Selbstbewusstsein und versetzt die Jugendlichen in ein anderes Milieu“, sagte *Buchbom*.

Deradikalisierung schaffen

Mit der Deradikalisierung als wissenschaftlich-praktische Synthese setzte sich Daniel Köhler von „EXIT-Deutschland“ in seinem Workshop auseinander. Er berichtete von den Erfahrungen aus zwölf Jahren Ausstiegsarbeit. Der Verein, der derzeit fünf Vollzeitangestellte beschäftigt, sei nie ein staatlich finanziertes Programm gewesen. Gleichzeitig sei er aber auf die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen angewiesen, wobei das Bewusstsein gegenüber manchen Sicherheitsbehörden kritisch sei. Die Arbeit werde durch Spenden und Dienstleistungen finanziert.



Viele Jugendliche gelangten in die rechte Szene, weil sie nicht wüssten, „wie sie mit ihrer Perspektivlosigkeit umgehen können“, so *Köhler*. Viele wählten aber auch bewusst die Szene, weil sie sich dort am besten „ausleben“ könnten. „Die individuelle Freiheit geht dann später in der kollektiven Freiheit auf.“

Die Ziele und Methoden der Projekte müssten immer klar sein. „Der Zugang über Aussteiger funktioniert sehr gut“, so *Köhler*. Auf diese Weise könnten Intervention und Prävention verbunden werden. „Ideologie produziert Verhaltensmuster, nicht andersherum“, sagte *Köhler*.



Virtuelle rechte Vernetzung

Mit rechtsextremer Online-Kommunikation beschäftigten sich die Teilnehmer/innen des vierten Workshops. Der Kommunikationswissenschaftler *Kai Brinckmeier* von der Universität Münster befasst sich im Rahmen seiner Forschung mit der Frage, ob das Internet dazu beigetragen hat, dass eine fehlende positive Öffentlichkeit umgangen werden kann – und es somit zum „virtuellen Zentrum“ des Rechtsextremismus wird. In diesem Falle, so *Brinckmeier*, sei es möglich, dass die Demokratisierung der Medien auch einen sichtbareren Rechtsextremismus gefördert hat. *Brinckmeier* fand heraus, dass rechtsextreme Seiten positiv aufeinander verweisen und so eine Vernetzung schaffen. Wie oft man tatsächlich im Internet auf rechtsextreme Inhalte stoße, sei nicht statistisch belegt. Beispielsweise gibt es, so *Brinckmeier*, die rechte Online-Enzyklopädie „metapedia“, die wie Wikipedia aufgebaut ist. Die dort veröffentlichten Artikel hätten einen rechtsextremen Tenor. Im Internet gebe es unter Rechten auch einen dezidierten Diskurs darüber, wie man Macht erreichen könne. „Es heißt, man müsse linke Methoden adaptieren und das System infiltrieren. Es ist eine bemerkenswerte Entwicklung, dass im Rechtsextremismus diskutiert wird.“

Auch soziale Online-Netzwerke werden zunehmend als Plattform für die Inszenierung von rechtem Gedankengut genutzt, betonte *Cornelia Forster* von der Technischen Universität Berlin. Die ehemalige Mitarbeiterin der VZ-Netzwerke möchte mit ihrer Arbeit Jugendlichen und deren Eltern eine Art Orientierungshilfe geben. „Viele Symbole sind sehr subtil, denn in den sozialen Netzwerken wird moderner agiert. Die Sanktionierbarkeit ist dabei sehr gering“, so die Erziehungswissenschaftlerin.



Rechte Entwicklungen in Europa

Im Anschluss an die Workshops wurde im Rahmen eines Perspektivforums diskutiert, inwiefern sich erfolgreiche Ansätze arbeitsmarktorientierter Ausstiegsarbeit in europäische Länder ohne derartige Projektstrukturen exportieren lassen.

Graeme Atkinson von der britischen Kampagne „HOPE not hate“ erzählte, dass es in Großbritannien keine staatliche Finanzierung für Projekte gegen Rechtsextremismus gebe. „Das macht die Arbeit extrem schwer“, so *Atkinson*. Prävention sei deshalb die beste Strategie gegen Rechtsextremismus. „Wir wollen Menschen in die Lage versetzen, die Arbeit gegen Rechts auf der Basisebene selbst zu machen.“ Beispielsweise hatte die rechtsex-



treme „British National Party“ bei den vergangenen Wahlen auf einen Wahlsieg in dem Kreis, in dem das größte Ford-Werk des Landes angesiedelt ist, gehofft. Letztendlich haben sie nur eine geringe Zahl an Sitzen im Stadtrat bekommen. „Wir haben eine Kampagne von innen organisiert“, sagte Atkinson. 560 Menschen hätten in dem Wahlkreis eine Zeitung mit insgesamt 92.000 Ausgaben verteilt. „So haben wir den Antifaschismus in der Gesellschaft gestärkt.“ Man müsse an den „Hot-spots“ anknüpfen und mit den Menschen Kontakt aufbauen, die am zugänglichsten sind.

„Wir sehen in den Niederlanden, dass die Personen, die in ein soziales Netzwerk eintreten, am Anfang keine Ideologie haben“, berichtete *Suzette Bronkhorst* vom „International Network Against CyberHate“, dem 20 Organisationen in 19 Ländern angehören. Daher müsse man die Motivationen von Jugendlichen untersuchen, die anfangen, sich in rechtsextremen Gruppen zu engagieren. Dabei seien „bottom-up-Ansätze“ immer besser als „top-down-Ansätze“.

Arbeitsmarktorientierte Ausstiegswarbeit – ein Exportschlager?

Inwiefern lassen sich in Deutschland erprobte Aussteigerprogramme auch in anderen europäischen Ländern aufbauen? Welche Anforderungen könnte es geben, welche Ansätze sind denkbar? In der von *Kristina Nauditt* und Gerd Wermerskirch moderierten Diskussion wurde erörtert, ob solch ein „Export“ grundsätzlich sinnvoll ist. „Wenn Sie sagen, dass Sie etwas exportieren wollen, höre ich eine Art Schuldbewusstsein heraus“, sagte *Suzette Bronkhorst*. „Man kann nichts eins zu eins übertragen, denn die Situation ist in jedem Land unterschiedlich.“ Für die Aufbauarbeit in Deutschland war es laut der Diskussionsteilnehmer/innen vor allem wichtig, ein großes Netzwerk zu schaffen, da Ausstiegswillige mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert sind. „Wenn man so etwas exportieren wollte, müsste man die ganzen Prozesse des Netzwerkaufbaus weitergeben“, so eine Teilnehmerin. Andere Diskutanten vertraten die Meinung, dass die deutschen Projekte noch nicht „exportfähig“ seien, denn allein in Deutschland seien die Unterschiede zwischen Ost und West, zwischen Stadt und Land und innerhalb der Bundesländer noch viel zu groß.

Eine Diskussionsgruppe forderte, dass auch die schwächsten Gruppen in der EU Verantwortung und Stärkung

erfahren sollten. „Bessere Ausbildung mit Sozialarbeit“ war einer der diskutierten Vorschläge, „völkische Sippen als Sekten anerkennen“ ein anderer. „Die Bedeutung der Auseinandersetzung mit der rechten Ideologie als Grundlage für eine erfolgreiche Präventions- und Ausstiegswarbeit muss erkannt werden, weil nur so eine nachhaltige Wirkung auf der Handlungsebene erreicht werden kann“, sagte *Dr. Ralf Melzer*.

Parallelen in Europa erkennen

Ein gemeinsamer Wunsch vieler Teilnehmer/innen ist die Schaffung einer dauerhaften Austauschplattform zum Thema Rechtsextremismus auf europäischer Ebene – für Ausstiegs- und für Präventionsprogramme. Dazu müsste Rechtsextremismus in den entsprechenden Ländern staatlich und zivilgesellschaftlich als Problem anerkannt sein. „Jedes Land muss selbst erkennen, dass ein Programm gegen Rechts für das eigene Überleben notwendig ist“, befand eine der Diskussionsgruppen. Letztendlich sei eine europäische Austauschplattform die einzige Möglichkeit, Parallelen in den Ländern zu identifizieren und für eine weitere Zusammenarbeit zu nutzen.





Das Projekt **„Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“** im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet kontinuierlich Veranstaltungen, Publikationen und Seminare zu aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und zu effektiven Gegenstrategien an.

Die **Publikationsreihe „Impulse gegen Rechtsextremismus“** bündelt die wichtigsten Ergebnisse unserer Veranstaltungen. Sie wird ergänzt durch die **Publikationsreihe „Experten für Demokratie“**, welche ausgewählte Fachbeiträge zu aktuellen Fragestellungen aus der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus dokumentiert.

Das Projekt *„Internationale Vernetzung der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“* (koordiniert durch das FES-Projekt *„Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“*) wird im Rahmen des XENOS-Programms *„Ausstieg zum Einstieg“* gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds.

Wenn Sie auch zukünftige Ausgaben der „Impulse gegen Rechtsextremismus“ erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail mit Ihren Kontaktdaten an forum.rex@fes.de.

Mehr Informationen zu der Veranstaltung und der Arbeit der FES für Demokratie und gegen Rechtsextremismus finden Sie unter www.fes-gegen-rechtsextremismus.de.